

»Die Judenfrage wird dem Volksempfinden entsprechend gelöst« –

Das Novemberpogrom 1938 im Spiegel des »Oberurseler Bürgerfreundes«

von Angelika Rieber

Vorwort: »... dass wir nicht erwünscht waren!«

So beschreibt die Frankfurterin Martha Hirsch, geborene Sommer, ihre Gefühle nach den Ausschreitungen im November 1938, die ihr vor Augen führten, »... dass wir nicht erwünscht waren«. Zu den Ereignissen in Oberursel erklärte eine Zeitzeugin am Anfang meiner Recherchen über die Schicksale Oberurseler Familien jüdischer Herkunft: »In Oberursel war nichts los!« Die Berichte von zahlreichen Zeitzeugen und die Ergebnisse meiner Forschungen in Archiven sprechen jedoch eine andere Sprache. Vielleicht drückt sich in dieser Aussage eher der Wunsch aus, dass es in Oberursel anders, friedlicher war, denn, das konnte ich in vielen Gesprächen heraushören, eine antisemitische Grundstimmung scheint es in der Oberurseler Bevölkerung nicht gegeben zu haben, zumindest nicht vor dem Beginn der NS-Zeit. Zwar gab es in Teilen der Bevölkerung Vorbehalte gegenüber Juden, aber die Mehrheit – so die Schilderungen von jüdischen wie nichtjüdischen Zeitzeugen – war an guter Nachbarschaft interessiert.

In der folgenden Darstellung geht es um die Situation und die Lebenswege Oberurseler Familien jüdischer Herkunft vor und während des Novemberpogroms 1938 sowie um eine Einordnung der Ausschreitungen in Oberursel in die Ereignisse und Prozesse im Reich. Und: Was wussten die Oberurseler, sofern sie nicht durch Klassenkameraden, Arbeitskollegen oder Nachbarn von den zunehmenden Diskriminierungen erfuhren, von der Situation der Juden in Deutschland? Was haben sie durch die Zeitung erfahren? Wie wurde das Novemberpogrom dargestellt, wie die Ereignisse in Oberursel? Dazu wird die Berichterstattung im »Oberurseler Bürgerfreund« über die »Judenfrage« – fokussiert auf den Zeitraum von Juli bis Dezember 1938 – untersucht.

Sofern nicht anders vermerkt stammen die Angaben zu den mit Oberursel verbundenen Biographien aus dem Buch: Rieber, Angelika: Wir bleiben hier. Lebenswege Oberurseler Familien jüdischer Herkunft, 2004.

Kontinuität und Wandel

Im 19. Jahrhundert gab es in Oberursel eine lebendige jüdische Gemeinde mit zeitweise mehr als 100 Mitgliedern. Es gibt zahlreiche Belege für die Integration der jüdischen Bevölkerung in die Stadtgesellschaft und für ein aktives Engagement von Bürgern mit jüdischen Wurzeln für die Stadt, in der sie lebten, wie beispielsweise Wolf Grünebaum, Mitbegründer der Freiwilligen Feuerwehr.



*Wolf Grünebaum,
Mitbegründer der Freiwilligen Feuerwehr Oberursel*

QUELLE: STADTARCHIV OBERURSEL

Siegfried Unger und seine Tochter gehörten als aktive Mitglieder dem Sportverein an und verkauften in ihrem Laden in der Unteren Hainstraße Karten für Veranstaltungen des Karneval-Vereins Frohsinn. Oberurseler jüdischer Herkunft kämpften als Soldaten im 1. Weltkrieg oder waren als Kommunalpolitiker aktiv. »Ich dachte, ich heirate einen Oberurseler, welcher Religion auch immer«, erinnert sich Rosel Unger an die Zeit vor 1933 und an die Stimmung, in der sie aufwuchs.

Diskriminierung – Selbstbehauptung – Kriminalisierung. Die Lebenssituation der jüdischen Bevölkerung 1933-1938

»Keinen Schritt habe ich freiwillig preisgegeben«

Da sich die deutschen Juden als Teil der Gesellschaft fühlten und von der Mehrheit auch so gesehen wurden, verließen nur wenige Juden gleich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 das Land. Sie glaubten, der »Spuk« würde bald vorübergehen. Dennoch waren sie zahlreichen Diskriminierungen und Einschränkungen ausgesetzt.

Wer im öffentlichen Dienst tätig war, musste mit dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« im April 1933 mit der Entlassung und dem Verlust beruflicher Perspektiven rechnen wie die Oberurseler Otto Riesser, Richard Ullmann, Ullrich Leo oder Theodor Creizenach. In selbständigen Berufen konnten die Betroffenen oft noch bis 1938 ihre Betriebe führen, allerdings unter zunehmend erschwerten Bedingungen.

Selbst wenn es Maßnahmen wie die »Nürnberger Rassengesetze« von 1935 gab, die alle Oberurseler jüdischer Herkunft tangierten, spielten doch viele Faktoren eine Rolle, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Grad die Familien betroffen waren: beispielsweise das eigene Alter zum jeweiligen Zeitpunkt bzw. das der Kinder, Beziehungen, das Verhalten des Umfelds oder auch Zufälle.

Rosel Unger z. B., aktives Mitglied im Oberurseler Turnverein, musste auf schmerzvolle Weise erleben, dass sich ihr Umfeld nach und nach zurückzog und sie ihren Verein verlassen musste.

Bleiben oder gehen? Standhalten oder weichen? Wie versuchten die Betroffenen mit diesen Diskriminierungserfahrungen umzugehen?

Otto Riesser versuchte gegenzuhalten und sein Umfeld mit seinem Ausschluss aus dem beruflichen Leben zu konfrontieren. »Mein Standpunkt damals und stets war, dass ich mit keiner Regung und Handlung anerkennen dürfe und könne, dass ich etwas anderes als ein Deutscher sei ... Keinen Schritt habe ich freiwillig preisgegeben ... Was dies aber innerlich gekostet hat, das weiß niemand«, so Otto Riesser in seinen persönlichen Erinnerungen.

An Auswanderung dachten die meisten Familien zunächst nicht. Richard Ullmann, Germanist jüdischer Herkunft, konnte seine Habilitation an der Frankfurter Universität nicht mehr beenden. Um seinen Beruf weiterhin ausüben zu können, nahm er von 1934 bis 1937 eine Tätigkeit als Lektor der Deutschen Akademie in Griechenland an. Da sein

Pass nicht mehr verlängert wurde, musste er jedoch wieder nach Deutschland zurückkehren.

Mehrere systematische Verhaftungsaktionen des NS-Staates 1937/38 dienten der gezielten Kriminalisierung der jüdischen Bevölkerung. Meist stellten sich die den Betroffenen vorgeworfenen Vergehen später als unzutreffend heraus. Der Oberurseler Alfred Feinberg wurde im Zuge dieser Verhaftungswelle 1937 in Zweibrücken verhaftet. Ihm wurde eine Unterschlagung unterstellt. Zunächst kam er ins Gefängnis, später wurde er nach Buchenwald überführt. Dort starb er am 27.10.1939.

Irene Kahn hatte gerade ihr Studium abgeschlossen und bereite ihre Auswanderung vor, als sie im Juni 1939 wegen »fortgesetzter Verbrechen zur Vorbereitung von Hochverrat« verhaftet wurde. Verzweifelt versuchte ihre Tante Recha Mannheimer mithilfe eines Anwaltes die Freilassung zu erwirken, vergeblich. Nach Verbüßung der Haft wurde Irene Kahn in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück gebracht, wo sie 1942 starb. (RIEBER

2012)



Irene Kahn (Mitte) mit Freundinnen

QUELLE: SAMMLUNG RIEBER

Theodor Creizenach, ein Enkel des berühmten gleichnamigen Dante- und Goetheforschers, wurde aufgrund des »Arierparagraphen« von seinen Aufgaben als Schriftführer des Vereins für Geschichte und Landeskunde in Frankfurt entbunden. In der Hoffnung auf eine baldige Veränderung der politischen Situation arbeitete er an einer Habilitationsschrift und finanzierte den Lebensunterhalt für seine Mutter und sich mit Privatunterricht. Theodor Creizenach wurde, so die Mutter, nach dem Besuch einer Vorlesung sowie einer befreundeten Familie auf offener Straße verhaftet und in das Polizeigefängnis in der Klapperfeldstraße gebracht. Dort habe er sich, laut Polizeibericht, kurz



Theodor Creizenach

QUELLE: SAMMLUNG RIEBER

nach seiner Einlieferung in der Haftzelle das Leben genommen. (RIEBER 2010)

Ausgrenzung und Verfolgung im Lichte des »Oberurseler Bürgerfreundes«

»Gefängnis für jüdische Steuerbetrüger«

Was berichtet der Oberurseler Bürgerfreund über die zunehmende Diskriminierung und den Ausschluss der Juden in Deutschland? Was erfahren die Leser über die Lebenssituation der jüdischen Bevölkerung?

Seit der sogenannten Reichstagsbrandverordnung – sie setzte die Presse- und Meinungsfreiheit außer Kraft – wurden die Medien rasch gleichgeschaltet. Am 13.3.1933 wurde Joseph Goebbels Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. Dieses Amt nutzte er zur gezielten Lenkung der Presse, die damit zum »Mittel der Staatsführung« wurde. Das Schriftleitergesetz (SchrLG) vom 4.10.1933 festigte die inhaltliche und personelle Abhängigkeit der Journalisten vom nationalsozialistischen Regime. Journalisten mussten der dem Propagandaministerium unterstellten Reichskulturkammer angehören. Ein Bewerber musste belegen, dass er »arischer Abstammung und nicht mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist« und dass er »Eigenschaften hat, die die Aufgabe der geistigen Einwirkung auf die Öffentlichkeit erfordert« (§5 SchrLG). Er musste also aus Sicht der Nationalsozialisten politisch zuverlässig sein. Mit täglichen Pressekonferenzen, die Weisungen gleichkamen, nahm das Propagandaministerium Einfluss auf Inhalte, Form, Ausführlichkeit und Zielsetzung der Presseberichterstattung. Eine freie Berichterstattung war also kaum mehr möglich. Somit unterlagen auch die Zeitungsmeldungen im »Oberurseler Bürgerfreund« den Richtlinien des Propagandaministeriums. Der damalige Chefredakteur

Dr. Georg Dietrich erklärte später auf Fragen seines Sohnes Jürgen, er habe jeden Tag einen versiegelten Brief aus Berlin erhalten, in dem die Themen, die Aufmachung, ob groß oder klein, wichtig oder nebensächlich, wie auch die Wortwahl genau vorgeschrieben waren.

Untersucht wurden im ersten Schritt die Schlagzeilen im »Oberurseler Bürgerfreund« vom Juli bis Anfang November 1938, vor dem Anschlag auf den Botschaftssekretär vom Rath in Paris und dem Novemberpogrom. Auffällig ist, dass in diesem Zeitraum nur wenige und zudem relativ kleine Artikel über die deutschen Juden zu finden sind. Während die Berichterstattung rund um das Novemberpogrom eindeutig Kampagnencharakter aufweist, scheint zu dieser Zeit die Strategie vorzuherrschen: Steter Tropfen höhlt den Stein. Kleine Artikel und Hinweise sollten den Boden bereiten für die Legitimation später folgender Maßnahmen. Eindeutig ist ein Schema festzustellen. Zwar nicht häufig, aber regelmäßig wird über »kriminelle Delikte« von Juden berichtet. Gleichzeitig wird betont, der Staat handle konsequent, um den Einfluss der Juden einzudämmen und deren »kriminelle Machenschaften« zu bekämpfen.

Schlagzeilen im »Oberurseler Bürgerfreund«

Berichte über Juden in Deutschland 1938

- 2.7. Zwei Verurteilungen wegen Rassenschande
- 15.7. Das Vermögen heimlich über die Grenze gebracht
- 22.7. Schweres Devisenvergehen. Vermögenswerte von mehr als 1 Million Mark beschlagnahmt
- 14.9. Jüdischer Großbetrüger. Er lebte wie ein Millionär und ließ sich auf Pump rasieren
- 16.9. Rassenschande aus »Dummheit«
- 26.9. Gefängnis für jüdischen Steuerbetrüger
- 22.10. Steuerstrafen für jüdische Viehhändler

Berichte über staatliche Maßnahmen 1938

- 1.8. Bestallung jüdischer Ärzte erlöschen mit dem 30. September 1938
- 16.8. Arbeitsgemeinschaft für Sippenforschung und Sippenpflege
- 24.8. Tarnung künftig ausgeschlossen: »Israel« und »Sarah« – Gesetz über die Regelung der jüdischen Vornamen
- 3.9. Ausmerzungen der jüdischen Lehrer
- 14.9. Auch in Wertheim verschwindet die Synagoge
- 17.10. Keine jüdischen Rechtsanwälte mehr

„Israel“ und „Sarah“

„Gesetz über die Regelung der jüdischen Vornamen“

Im Reichsgesetzblatt 1 1938 Nr. 130 ist die Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Aenderung von Familiennamen und Vornamen erschienen, die die Führung von Vornamen durch Juden regelt. Sie bestimmt, daß den Juden, die deutsche Staatsangehörige oder staatenlos sind, in Zukunft nur solche Vornamen beigelegt werden dürfen, die den vom Reichsminister des Innern herausgegebenen Richtlinien entsprechen. Diese Richtlinien sind in dem Runderlaß vom 23. August 1938 bekanntgegeben, der im Reichsministerialblatt für die innere Verwaltung veröffentlicht ist. Wie die unten abgedruckte Zusammenstellung ergibt, sind darin nur solche Vornamen enthalten, die im deutschen Volk als typisch jüdisch angesehen werden. Juden, die eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, werden von der Vorschrift nicht betroffen.

Soweit Juden zur Zeit Vornamen führen, die nicht in den Richtlinien verzeichnet sind, müssen sie vom 1. Januar 1939 ab zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen, und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche den Vornamen Sara. Sie müssen hiervon bis zum 31. Januar 1939 den Standesbeamten, der ihre Geburt und ihre Heirat beurkundet haben, sowie der für ihren Wohnort oder gewöhnlichen Aufenthalt zuständigen Ortspolizeibehörde schriftlich Anzeige erstatten. Bei geschäftsunfähigen oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Personen trifft die Verpflichtung zur Anzeige den gesetzlichen Vertreter. Sofern es im Rechts- und Geschäftsverkehr üblich ist, den Namen anzugeben, müssen Juden stets auch wenigstens einen ihrer Vornamen führen. Sind sie zur Annahme des zusätzlichen Vornamens Israel oder Sara verpflichtet, so haben sie auch diesen Vornamen zu führen. Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften sind Gefängnis- oder Geldstrafen angedroht.

Als jüdische Vornamen sind in dem Runderlaß des Reichsministers des Innern bekanntgegeben:

a) männliche Vornamen: Abel, Abieser, Abimelech, Abner, Absalon, Abab, Ahasja, Ahasver, Akiba, Amon, Amichel, Aron, Mahel, Maria, Micher, Uriel, Assur, Alhaja, Awigdor, Avram; Bachja, Barak, Baruch, Benaja, Berel, Berl, Boas, Bud; Chaggai, Chai, Chajim, Chamor, Chananja, Chanowich, Chaschel, Chawa, Cheil; Dan Denu; Eim, Fraim, Ghud, Efig, El, Elias, Elishu, Elizer, Eljakim, Etkan, Enoch, Eran, Esra, Ezediel; Faleg, Feibisch, Feirel, Feitel, Feivel, Feleg; Gad, Gdaleo, Gedalja,

Gerjon, Gideon; Habakul, Hagai, Hemor, Henoch, Herodes, Hefekiel, Hillel, Hioh, Hofea; Haa, Hsi, Hachar, Hsboseth, Hidor, Hsmael, Hsrael, Hsig; Hachtel, Haffe, Hajar, Hatusiel, Hedschel, Hechiel, Hehu, Hehuda, Hehutiel, Hemia, Jerobeam, Hefaja, Hethro, Hiftach, Hitzah, Joab, Jochanan, Joel, Jomieb, Jona, Jonathan, Jofia, Juda; Kaiman, Kaiphas, Kaleb, Korach; Laban, Lagarus, Leem, Lefter, Levi, Lewel, Lot, Lupu; Machal, Maim, Malchija, Maleachi, Manasse, Marbochai, Mechel, Menachem, Moab, Mochai, Mordechai, Mofche, Mofes; Nachkbon, Nachum, Naffai, Nathän, Naum, Nazari, Nehab, Nehemia, Nissim, Noa, Nochem; Obadja, Orew, Oscher, Ofias; Peisach, Pinchas, Pintus; Radmil, Ruben; Sabbatai, Sacher, Sallum, Sallu, Salo, Salomon, Sallusch, Samaja, Sami, Samuel, Sander, Sauid, Saul, Schalom, Schaul, Schimul, Schmul, Schneur, Schochana, Scholem, Sebulon, Semi, Sered, Sijem, Siwach, Simson; Teit, Lewele; Uri, Uria, Uriel; Zabel, Zedekia, Zephania, Zeruja, Zemi;

b) weibliche Vornamen: Abigail; Baschewa, Beile, Bela, Betscha, Bihri, Bilda, Braine, Briewe, Brocha; Chana, Chawa, Cheiche, Cheile, Chinte; Deiche, Dewaara, Dielel; Egele; Fagel, Feigle, Feile, Fradichen, Fradel, Frommet; Gälchen, Gelea, Simendel, Gittel, Gole; Hadasse, Hale, Hanatha, Higel; Hachel, Hachewad, Hedidja, Jente, Jeyabel, Judis, Jyske, Jittel; Keile, Kreindel; Kane, Keie, Kibiche, Kibe, Kiewie; Nachle, Mathel, Milkele, Mindel; Nacha, Nachme; Reiche, Reichen, Bese, Bessel, Birle; Rachel, Raufe, Rebecka, Rechel, Reha, Reichel, Reisel, Reiziche, Rivki; Sara, Scharne, Scheindel, Scheine, Schewa, Schlämche, Semche, Simche, Slowe, Springe; Lana, Lelje, Litze, Kreibel; Zerel, Zilla, Zirle, Zine, Zipora, Zirel, Zorthel.

Abgesehen von diesen Sondervorschriften über die Vornamen der Juden sollen nach dem sonstigen Inhalt des Runderlasses Kinder deutscher Staatsangehöriger in Zukunft grundsätzlich nur deutsche Vornamen erhalten. Namen ursprünglich ausländischer Herkunft, die seit Jahrhunderten in Deutschland als Vornamen verwendet werden und völlig eingedeutscht sind — wie Hans, Joachim, Peter, Julius, Elisabeth, Maria, Sophie, Charlotte — gelten als deutsche Vornamen. Nichtdeutsche Vornamen sollen nur dann zugelassen werden, wenn ein besonderer Grund dies rechtfertigt, so z. B. Zugehörigkeit zu einem nichtdeutschen Volkstum, Familienüberlieferung, verwandtschaftliche Beziehungen.

Während die Lebenssituation der jüdischen Bevölkerung in Deutschland kaum Erwähnung findet, wird in diesem Zeitraum über die »Judenfrage« in anderen Ländern recht ausführlich berichtet. Auch hier ist ein deutliches Propagandaschema erkennbar: »Die jüdische Vorherrschaft in Frankreich« oder »Deutsche Reisende von einer Judenbande überfallen« dienen der Legitimation des Handelns der Nazi-Diktatur. Den Lesern soll suggeriert werden, es gäbe weltweit ein Problem der »jüdischen Vorherrschaft« oder der Kriminalität von »Judenbanden«. Die rassistischen Maßnahmen in Italien oder die Tatsache, dass »Emigranten in der Schweiz unerwünscht« seien, unterfüttern die Argumentation, dass der Antisemitismus kein deutsches Phänomen, sondern in vielen Ländern

»normal« sei. Er führe daher vielerorts zu Problemen und demzufolge zu konsequentem Handeln des Staates.

2. 7. Aufsehen erregender Zwischenfall in einer Kirche Warschau. Jüdischer Geistlicher überfallen und verletzt
5. 7. Die jüdische Vorherrschaft in Frankreich
13. 7. Neue Greuelhetze gegen Deutschland
15. 7. Rassenfrage und Faschismus
18. 7. In den Händen von Nichtariern liegt das Schicksal von Millionen
1. 8. Mussolinis Rassegrundsatz unverrückbar
2. 9. Italien entledigt sich der Juden
29. 9. Gegen jüdische Kriegstreiber
8. 10. Italien löst das Rassenproblem

- 10.10. Emigranten in der Schweiz unerwünscht
- 27.10. Deutsche Reisende von einer Judenbande überfallen

Noch weitaus umfangreicher und fast täglich wird über Palästina berichtet, meist große Artikel auf der Titelseite. Die Tendenz ist eindeutig, Engländer und Juden werden als Täter beschrieben, die Araber als Opfer, also eine typische Schwarz-Weiß-Sichtweise der komplexen Probleme im Nahen Osten. Auffällig ist auch die Dramatisierung der Situation in Palästina durch drastische Wortwahl wie »jüdische Terroristen«, »tägliche Blutopfer«, »Hexenkessel«. Hier nur einige wenige Beispiele:

- 1.8. Keine Ruhe in Palästina – Sieben jüdische Terroristen gefasst
- 16.8. Die täglichen Blutopfer in Palästina
- 27.8. Jüdisches Attentat auf Gemüsemarkt in Jaffa
- 15.9. Wieder englische Militärflugzeuge gegen Araber
- 17.10. Hexenkessel Palästina
- 28.10. England erlaubt weitere jüdische Einwanderung



Die brennende Synagoge in Bad Homburg 1938

QUELLE: STADTARCHIV BAD HOMBURG

behördliche Maßnahmen, die der jüdischen Bevölkerung jegliche Lebensgrundlagen entzogen.

Zu dieser Zeit lebten noch etwa 40 Menschen jüdischer Herkunft in Oberursel, von denen manche, wie die Familie Goldmann, schon auf gepackten Koffern saßen.

In Oberursel sei nicht viel los gewesen, berichteten Oberurseler zu Beginn der Recherchen. »Die meisten meiner Klassenkameraden sind nach Bad Homburg geradelt und haben geschaut, wie die Synagoge brannte«, erinnert sich ein Zeitzeuge.

Was geschah im November 1938 in Oberursel?

Bauemerth zitiert in dem Band »Oberursel. Eine Stadtgeschichte« den verantwortlichen Sturmführer mit seinen Aussagen im Entnazifizierungsverfahren. »Der mit der Durchführung der ›Judenaktion‹ beauftragte Sturmführer der SA gab an, er habe der Polizei nur vier (von zwölf) Juden ›vorgeführt‹, die anderen seien am nächsten Tag von der Polizei vorgeladen und festgenommen worden. Misshandlungen und Zerstörungen konnten ihm nicht nachgewiesen werden. Er selbst sagte aus, er habe keinen Befehl zur Zerstörung gegeben, sondern vielmehr persönlich dafür gesorgt, dass jeder einzelne Jude ›anständig gebeten‹ wurde, mit zur Polizei zu gehen.«

Entgegen der Aussage des Sturmführers kam es in Oberursel zu schweren Ausschreitungen und

Jüdisches Attentat auf den Gemüsemarkt in Jaffa

Dreißig Araber durch Minerexplosion getötet oder verwundet — Ungeheure Erregung der Bevölkerung

DNB Jerusalem. 27. 8. Auf dem arabischen Gemüsemarkt in Jaffa explodierte am Freitag morgen eine offenbar von Juden ausgelegte Mine, die gewaltige Zerstörungen anrichtete. Soweit bisher festgestellt werden konnte, wurden wenigstens 30 Personen getötet oder verwundet. Die auf das Äußerste über die gemeine Tat empörte Bevölkerung versuchte mehrfach, gegen die jüdische Anglo-Palästinaabank vorzugehen, konnte aber zunächst von der Polizei zurückgehalten werden. Die Lage ist außerordentlich gespannt. Sämtliche Läden sind geschlossen. Die Polizei hat dringend Hilfe angefordert.

Das Novemberpogrom 1938 – eine Zäsur

»...drang eine Rotte von SA-Männern in meine Wohnung ein...«

Das als »Kristallnacht« bekannte Novemberpogrom 1938 machte alle Hoffnungen auf ein weiteres jüdisches Leben in Deutschland zunichte. Synagogen brannten, Wohnungen und Geschäfte wurden zerstört, Männer verhaftet und ins Konzentrationslager deportiert. Die Ereignisse im November 1938 zeigten, dass die Nationalsozialisten vor direkten Angriffen auf das Leben der Juden nicht zurückschreckten. Den tätlichen Ausschreitungen folgten

Misshandlungen. (BAEUMERTH 1991, 185; RIEBER 2004) Belegt ist, dass eine SA-Truppe das Geschäft der Ungers in der Unteren Hainstraße, die Wohnungen von Eugen Rothschild in der Herzbergstraße, der Familien Kahn und Leo in der Altkönigstraße sowie Haus und Fabrik der Goldmanns im Gattenhöfer Weg verwüsteten.

Über die Verhaftung von Eugen Rothschild berichtete eine Zeitzeugin, damals ein Kind: »Sie haben Eugen Rothschild gejagt wie ein Stück Vieh, aus der Haustüre hinaus und die Stufen herunter gestoßen, dass er fiel.« Mit welcher Brutalität die Täter vorgingen, kann man auch anhand von Dokumenten belegen, die den Zustand des Hauses zum Zeitpunkt des Verkaufs 1939 beschreiben: »Die Haustüre zeigte zerschlagene Füllungen und Glasscheiben ... im WC war das Sitzbecken beschädigt ... Eine Anzahl von Fensterscheiben war zerschlagen ... Die Füllungen der Tür des WC waren zerschlagen.«

Was geschah mit den verhafteten jüdischen Männern? »Der Jude Unger sei »seinerzeit zur Polizei geschleppt (worden), was in ganz Oberursel Empörung auslöste«. Belegt ist, dass folgende Oberurseler im Zusammenhang mit den Ereignissen im November 1938 ins Konzentrationslager Buchenwald deportiert wurden: Siegfried Unger, Richard Ullmann, Eugen Rothschild und Friedrich Kahn. Otto Riesser wurde nach kurzer Verhaftung wieder freigelassen.

Das Novemberpogrom am 9./10. 11. 1938 im Spiegel der lokalen Presse – »Lache mit uns«

Was erfahren die Leser des »Oberurseler Bürgerfreundes« über die Ereignisse vor Ort?

Hier die Überschriften der regionalen Nachrichten im Zeitraum vom 10. 11. - 14. 11. 1938:

10. 11. 1938 (1. Tag nach der »Kristallnacht«)
- »Lache mit uns«. Das Gauvariété
 - Oberursel spart vorbildlich
 - Am 18. November neue Winterhilfs-Postwertzeichen
 - Gesellenprüfung
 - Wie wird das Wetter?
 - Oberursel beging den 9. November. Eine packende Feierstunde im Taunusaal
11. 11. 1938 (2. Tag nach der »Kristallnacht«)
- Der Martinstag
 - Vorbereitungen für den Taunuskarneval
 - Löffel steif, Meister Lampe!
 - Achtung Briefmarkensammler
 - Der Frostspanner fliegt
 - Deutsches Silber – aus Lehm
12. 11. 1938 (3. Tag nach der »Kristallnacht«)
- Der zweite Eintopfsonntag
 - Paul Gründel. Gastspiel...
 - Wir sparen für den KdF-Wagen
 - Vom Gerüst gestürzt
 - Doch noch schöne Tage im November
 - Über 50 neue Arbeitsplätze



Groß- Frankfurt

Freitag, 11. 11. 1938

Die Bevölkerung der Gauhauptstadt erhebt sich gegen Antisemitismus

W.G. Schon bald nachdem in der Gauhauptstadt die traurige Kunde, daß Ernst vom Rath seinen Verletzungen durch den jüdischen Revolveranschlag erlegen sei, bekannt wurde, machte sich in allen Teilen der Stadt eine starke Volksbewegung bemerkbar. Dies erschüttert über dieses neue jüdische Opfer kam es zum Teil noch in der Nacht zu gewaltigen Demonstrationen als spontaner Ausdruck gegen die Juden und ihre in aller Welt gegen Deutschland entfachte Hege. In den frühen Morgenstunden nahm diese Volksbewegung immer größere Umfänge an.

Auf den Straßen der Gauhauptstadt Frankfurt a. M. bildeten Zehntausende zusammen, die gegen Mittag in so mancherlei Scharen die Straßen füllten, daß der Fahrzeugverkehr nur unter großen Schwierigkeiten aufrecht erhalten werden konnte. Die Menschenmassen forderten in ihren Ruf nach Rache für den jüdischen Mord in Paris und verlangten in ununterbrochenen Sprechschreien die Entfernung der Juden aus Deutschland. Die jüdischen Geschäfte wurden von den Massen der aufs tiefste erregten Männer und Frauen gestürmt. Trotz der außerordentlich großen Erbitterung, die dem jüdischen Treiben ein für alle mal Einhalt gebieten wollte, kam es nirgendwo zu Plünderungen. Sämtliche Frankfurter Synagogen fielen der allgemeinen und von allen Bevölkerungsschichten getragenen mitreißenden Demonstration zum Opfer.

Die Bevölkerung der Gauhauptstadt hat trotz der jahrelangen jüdischen Hege im Ausland Disziplin gehalten. Sie hat den Mord an Wilhelm Gustloff durch den Juden Frankfurter mit verhaltenem Zorn hingenommen. Als aber vom Rath als der zweite Deutsche im Ausland von einem Juden niedergestreckt wurde, brach die Bevölkerung von Frankfurt a. M. in einem Sturm der Empörung und Entrüstung gegen die auf, die jahrzehntelang das Gaurecht in Deutschland mißbraucht haben. Die deutsche Langmut fand nach dieser zweiten Mordtat in einer gewaltigen Demonstration aller Volksteile ein Ende. Für jüdische Mörder und ihre Genossen ist in Frankfurt a. M. ein für alle mal kein Platz mehr!

14. II. 1938 (5. Tag nach der »Kristallnacht«)
- Herbstsonne im November
 - Tagung des Kreiskriegerverbandes
 - So kommt man schnell zum KdF-Wagen
 - Wieder glänzendes Eintopfergebnis
 - Schwere Explosion in Offenbach
 - Missglückter Raubüberfall auf der Autobahn

Es gab keinerlei Berichterstattung über die lokalen Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung in Oberursel oder Bad Homburg. Schöne und geschönte Meldungen über Jubelfeiern, das Wetter und sonstige Alltäglichkeiten füllen die Seiten.

Selbst die Auswirkungen des Pogroms in Frankfurt sind nur eine relativ bescheidene Meldung vom 11. II. 1938 wert. Was erfahren wir in dieser Zeitungsmeldung über die Ausschreitungen in Frankfurt? Die Schuldfrage scheint danach klar. »Alljuda«, der »jüdische Revolveranschlag« und der »jahrzehntelange Missbrauch des Gastrechtes in Deutschland« hätten zu einer »starken Volksbewegung« geführt, die »in den frühen Morgenstunden« »immer größere Umfänge« angenommen und Rache gefordert habe. »Die deutsche Langmut« sei zu Ende. »Die jüdischen Geschäfte wurden gestürmt«, sämtliche Synagogen seien »der allgemeinen und von allen Bevölkerungsschichten getragenen mitreißenden Demonstration zum Opfer« gefallen. Täter gibt es nicht, allenfalls die »Volksbewegung«. Die Taten werden nebulös und verharmlosend beschrieben: »gestürmt«, »zum Opfer gefallen«. Das wahre Ausmaß und die Auswirkungen der Ausschreitungen bleiben unklar. Plünderungen habe es angeblich nirgendwo gegeben.

Das Propagandaschema ist eindeutig. Die Opfer werden zu Tätern deklariert und damit die Ausschreitungen legitimiert, die Verantwortlichen bleiben im Dunkeln, ebenso das wahre Ausmaß der Zerstörungen, Plünderungen und Misshandlungen, wohl auch, um damit mögliches Mitleid mit den Betroffenen zu verhindern.



Wie wird die internationale Reaktion auf die Ereignisse im November 1938 beschrieben?

Ausführlich berichtet der Oberurseler Bürgerfreund über die Reaktionen auf das Attentat in Paris.

8. II. Große Empörung in Frankreich und England – Daladier spricht Frankreichs Anteilnahme aus.
9. II. Abscheu der ganzen Welt. Das Echo der neuen jüdischen Mordtat. Paris: Verschärfte Maßnahmen gegen unerwünschte Ausländer gefordert.
11. II. Weltecho des Pariser Mordes

Auffällig ist, dass die »Abscheu« lediglich als Antwort auf das Attentat beschrieben wird, die Ablehnung und Empörung über die Ausschreitungen in Deutschland, über die in vielen Ländern ausführlich berichtet wird, jedoch nicht. Sie wird bewusst einfach verschwiegen. »Kalter Terror« lautet beispielsweise die Überschrift der New Yorker Staatszeitung vom 15. II. 1938. In England berichtete die Times über die »Strafmaßnahmen« gegen die deutschen Juden. Die Holländer zeigten sich solidarisch mit den Opfern und sammelten Spenden. (GROSS 2013, 80 ff) Doch davon erfährt der Leser des »Oberurseler Bürgerfreundes« nichts. Falls doch kritische Stimmen laut wurden, wurden sie mit der Bemerkung, es handele sich um »Greuelhetze gegen Deutschland«, abgetan. Die Täter stilisieren sich damit zum Opfer.

Interessant ist auch die Wirkung der Berichterstattung über die Ereignisse im November 1938 im Ausland. Während sich in den demokratischen Staaten die Haltung gegenüber jüdischen Flüchtlingen verbesserte, verschärfte faschistisch oder autoritär regierte Länder wie Italien, Rumänien, Ungarn und Polen ihre antijüdische Politik. (GROSS 2013, 81)

Fragen

In ganz Deutschland fand ein Pogrom statt, über das, wie am Beispiel des »Oberurseler Bürgerfreundes« demonstriert, entweder gar nicht oder verharmlosend, verdreht und verfälschend geschrieben wurde. Diese Tatsache wirft Fragen auf. Wie kam es zu diesem Pogrom? War es ein von oben angeordnetes Pogrom oder eine »spontane Volksbewegung«? Wer waren die Täter? Wer beteiligte sich an den Ausschreitungen? Was wusste die Bevölkerung? Wie waren die Reaktionen auf das Pogrom in der Bevölkerung? Welche Funktion hatte die Propagandastrategie von Goebbels?

War das Pogrom von oben organisiert oder handelte es sich um eine »spontane Volksbewegung«?

Das Attentat auf den Botschaftssekretär Ernst vom Rath am 7. November 1938 in Paris gilt als Auslöser des Novemberpogroms. Zwei Tage nach dem Anschlag, am 9. November 1938, erlag von Rath den Verletzungen. Tatsächlich spielte das Attentat für den Verlauf der Ereignisse im November 1938 und für die Propaganda der Nationalsozialisten eine zentrale Rolle. Hintergrund des Anschlags von Herschel Grynspan auf den Botschaftssekretär war die sogenannte »Polenaktion«, die kurzfristige Abschiebung von aus Polen stammenden in Deutschland lebenden Juden Ende Oktober 1938. Polen plante zu dieser Zeit die Ausbürgerung von länger im Ausland lebenden Polen, weshalb die deutsche Regierung dieser Maßnahme durch die Ausweisung der in Deutschland lebenden polnischen Bürger zuvor kommen wollte. Auch Herschel Grynspans Eltern waren von dieser Abschiebung betroffen.

»Jüdisches Revolverattentat in der Deutschen Botschaft in Paris. Legationssekretär v. Rath lebensgefährlich verletzt – Der Revolverheld verhaftet – Er wollte angeblich das Judentum retten«, mit diesen Überschriften im »Oberurseler Bürgerfreund« vom 8. 11. 1938 wurde eine breite Kampagne gegen die deutschen Juden eröffnet. Der Tod des Legationsrates wurde nun für eine organisierte Hetze genutzt.

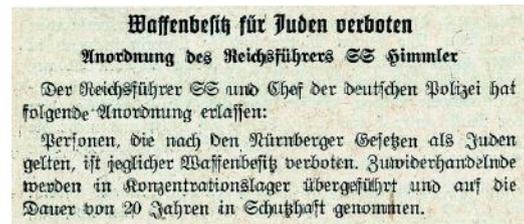
Das dem Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda unterstellte Deutsche Nachrichtenbüro gab dafür in einem Rundruf vom 7. November folgende Anweisungen für die Berichterstattung dieses Anschlags: »Alle deutschen Zeitungen müssen in größter Form über das Attentat auf den Legationssekretär an der deutschen Botschaft in Paris berichten. Die Nachricht muss die erste Seite voll beherrschen ... In einigen Kommentaren ist darauf hinzuweisen, dass das Attentat schwere Folgen für die Juden in Deutschland haben muss, und zwar auch für die ausländischen Juden in Deutschland ... Es ist darauf zu achten, dass bei dem mit allen Mitteln zu führenden Kampf gegen die internationale jüdische Gefahr keine anti-französische Tendenz gezeigt wird. Dieser Kampf geht nicht gegen Frankreich, nicht gegen die französische Regierung, auch wenn an dem viel zu lange geduldeten Treiben der jüdischen Emigranten in diesem Lande Kritik geübt wird, sondern gegen das internationale jüdische Verbrechergesindel.« (ZITIERT NACH GOLL 2010, 54)

Von dieser Propaganda aufgehetzt begannen in Nordhessen bereits an diesem Tag massive Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung.

Obgleich der Anschlag von Paris das Pogrom auslöste, ist er dennoch nicht als Ursache der Ausschreitungen zu sehen. Schon länger waren verschiedene einschneidende Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen jüdische Deutsche geplant. Beispielsweise war eine Verordnung in Vorbereitung, wonach Juden keine Waffen mehr besitzen durften. Zwar hatte es bereits seit 1933 auf lokaler Ebene Hausdurchsuchungen und Verhaftungen gegeben, die geplante Verordnung sollte jedoch die Grundlage bieten für umfassende Razzien und Verhaftungen.

Ein Oberurseler Spengler wusste von diesen Planungen und warnte Otto Riesser. Der Spengler hoffte mit seiner mutigen Tat, Otto Riesser vor einer möglichen Verhaftung zu schützen. Er nahm die im Haus befindlichen Waffen, darunter eine Pistole aus dem Ersten Weltkrieg, in Verwahrung. Allerdings konnte die Warnung nicht die vorübergehende Verhaftung des Oberurselers verhindern.

Am 11. November 1938 wurde die »Verordnung gegen den Waffenbesitz der Juden« erlassen. Bei Zuwiderhandlungen drohten Gefängnis- und Geldstrafen sowie »in schweren Fällen« Zuchthaus bis zu fünf Jahren. Vorbereitet wurde der Erlass durch Meldungen in der Zeitung. Passend dazu titelte der »Oberurseler Bürgerfreund« am 9. 11. 1938: »Umfangreiche Waffenfunde bei Berliner Juden«.



Der Anschlag in Paris und die großangelegten Massenveranstaltungen am 9. November, denen die nächtlichen Ausschreitungen folgten, führten zu einem vorzeitigen Start von bereits in Vorbereitung befindlichen antijüdischen Gesetzen. (HEIDEN 2013, 81) Das Pogrom beschleunigte somit bereits geplante Maßnahmen des NS-Staates.

Für den 9. November 1938 waren reichsweit große Feiern des NS-Staates geplant. 20 Jahre zuvor war am 9. November 1918 in Berlin die Republik ausgerufen worden, das von den Nationalsozialisten verhasste »System«. Fünf Jahre später

scheiterte Hitler mit seinem Putschversuch in München. Nun wollte man den Sieg feiern und gleichzeitig der »Ermordeten der Bewegung« gedenken. So fand auch in Oberursel eine »packende Feierstunde« (»Oberurseler Bürgerfreund« vom 10. 11. 38) im Taunussaal statt. Die Nachricht vom Tod des Botschaftssekretärs an diesem Abend war der Startschuss für das Pogrom. Das folgende und viele weitere Dokumente belegen, dass es sich eindeutig um ein geplantes und staatlich gelenktes Pogrom handelte. Am 9. November um 23:55 Uhr wurde von Heinrich Müller, damals stellvertretender Chef des Amtes Politische Polizei im Hauptamt Sicherheitspolizei, ein geheimes Fernschreiben gesendet.

»An alle Stapo-Stellen und Stapoleitstellen. An Leiter oder Stellvertreter: Dieses FS ist sofort auf dem schnellsten Wege vorzulegen.

1. Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. ...

3. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20-30 000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen gehen im Laufe dieser Nacht.

4. Sollten bei den kommenden Aktionen Juden im Besitz von Waffen angetroffen werden, so sind die schärfsten Maßnahmen durchzuführen. Zu den Gesamtktionen können herangezogen werden Verfügungstruppen der SS sowie Allgemeine SS. Durch entsprechende Maßnahmen ist die Führung der Aktionen durch die Stapo auf jeden Fall sicherzustellen. ...

Gestapo II *Mueller* – Dieses FS ist geheim.«
(ZITIERT NACH GOLL 2010, 50)

Auch wenn die sich im Laufe der Nacht überstürzenden Ereignisse zeitweise zu einem Kompetenzwirrwarr (SIEHE GOLL, GROSS 46ff) innerhalb der NS-Bürokratie führten und dabei unterschiedliche Vorstellungen über das strategische Vorgehen zum Ausdruck kamen, so kann man daraus keinen grundlegenden Dissens innerhalb der Führung ableiten. So wurden die nach der »Kristallnacht« verfügbaren Maßnahmen offensichtlich einvernehmlich getroffen. Dennoch wird deutlich, dass die Ausschreitungen und Gewaltexzesse in ihrem Ausmaß zeitweise außer Kontrolle gerieten. So verkündete Goebbels am 10. 11. 1938: »Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig, welcher Art, sofort abzusehen.« (»OBERURSELER BÜRGERFREUND« V. 10. 11. 1938)



Auch an den Anweisungen an die Darstellung der »Pogromnacht« in den Medien lässt sich ablesen, dass der NS-Staat gegenüber dem Ausmaß der Gewalt teilweise ambivalent war. Zu den Ereignissen der vorherigen Nacht sagte das Propagandaministerium am 10. November 1938: »Im Anschluss an die heute Morgen ausgegebene DNB-Meldung können einige Berichte gebracht werden. Hier und dort seien Fensterscheiben zertrümmert worden, Synagogen hätten sich selbst entzündet oder seien sonstwie in Flammen aufgegangen. Die Berichte sollen nicht allzu groß aufgemacht werden, keine Schlagzeilen auf der ersten Seite. Vorläufig keine Bilder bringen. Sammelmeldungen aus dem Reich sollen nicht zusammengestellt werden, aber es könne berichtet werden, dass auch im Reich ähnliche Aktionen durchgeführt worden seien. Einzeldarstellungen darüber sind zu vermeiden. Über örtliche Vorgänge könne ausführlicher berichtet werden. Dies alles nur auf der zweiten oder dritten Seite. Wenn Kommentare für nötig befunden würden, so sollen sie nur kurz sein und etwa sagen, dass eine begriffliche Empörung der Bevölkerung eine spontane Antwort auf die Ermordung des Gesandtschaftsrates ausgelöst habe.« (GOLL 2010, 55)

Die fehlende bzw. dürftige Darstellung der Ereignisse in Oberursel und in Frankfurt im »Oberurseler Bürgerfreund« folgte damit einem von oben verordneten Schema, das die Täterschaft des NS-Regimes und das Ausmaß der Gewaltexzesse verschleiern und den Anschein eines kontrollierten und geordneten Vorgehens des Staates erwecken sollte. Gleichzeitig wurde der »Volkszorn« für die Ausschreitungen verantwortlich gemacht. Systematisch zerpflückt Heiden in seiner Schrift das »Märchen von der spontanen Volkswut«, mit dem der NS-Staat »dem empörten Volk die Schuld in die Schuhe« schob. (HEIDEN 2013,52)

Zwar kann man davon ausgehen, dass die meisten in Deutschland lebenden Menschen Zeugen der Ereignisse im November 1938 waren, sei es, indem sie an den Ausschreitungen beteiligt waren, sie gesehen, von Zeugen erfahren oder Berichte in der Zeitung darüber gelesen haben. Dennoch wird deutlich, dass sie über die Presse, hier im »Oberurseler Bürgerfreund«, bewusst und gezielt nur sehr begrenzt, verfälschend und verharmlosend über das wahre Ausmaß und die konkreten Auswirkungen der Ausschreitungen informiert wurden.

**Wer waren die Täter?
Von welchen Motiven waren sie geleitet?
Wie hoch war die Beteiligung der
Bevölkerung an den Ausschreitungen?**

Da das Pogrom am 9. November 1938 von oben angeordnet bzw. gebilligt wurde, wie das geheime Fernschreiben (S. 9) verdeutlicht, waren SA und SS in vorderster Front beteiligt, teilweise uniformiert, teilweise in Zivil. Immer wieder ist zu hören, die einheimische Bevölkerung sei an den Ausschreitungen nicht beteiligt gewesen. Bei den Tätern habe es sich um Auswärtige gehandelt. Tatsächlich war dies teilweise der Fall. Wie die Nachkriegsprozesse zeigen, handelt es sich aber oft eher um eine Verteidigungsstrategie. Eine Vielzahl von Zeitzeugenaussagen und Archivadokumenten, beispielsweise die Spruchkammerverfahren der Nachkriegsjahre (HStA Wiesbaden), belegen, dass auch Oberurseler an der Verwüstung und den folgenden Plünderung des Geschäftes von Siegfried Unger in der Unteren Hainstraße beteiligt waren. Das Textilgeschäft lag gegenüber dem SS-Vereinslokal, wo vermutlich der 15. Jahrestag des Hitlerputsches in München am 9. November 1923 ausgiebig gefeiert wurde. Bei den Gewaltexzessen spielte offensichtlich auch eine große Rolle, dass viele der Täter unter Alkoholeinfluss standen.

Die oben zitierten Anweisungen der Gestapo deuten an, dass die nationalsozialistische Regierung bestrebt war, die Täter ungestraft zu lassen, obgleich öffentlich bekundet wurde, man werde hart gegen Plünderer vorgehen. Dies war jedoch in der Realität kaum der Fall. Es wurden zwar teilweise Ermittlungen wegen Plünderungen und Vergewaltigungen angestrengt, aber meist keine Verfahren eingeleitet. (GROSS 2013, 75)

Zahlreiche Dokumente belegen, dass nicht nur SA- und SS-Mitglieder an den Ausschreitungen und Plünderungen beteiligt waren, sondern in nicht unerheblichen Maße »normale« Bürger, auch

Jugendliche, die teilweise von Lehrkräften aufgehetzt worden waren (STEINWEIS 2011, 65f). Die zerstörten materiellen Güter seien ein vergleichsweise verschmerzbarer Verlust, merkt Heiden hierzu an, »verglichen mit den Kinderseelen, die hier der Zivilisation verloren gingen« (HEIDEN 2013, 41).

Interessant ist auch die Feststellung, dass die Täter nicht alleine von Hass auf die jüdischen Nachbarn geleitet waren. Teilweise spielten, wie auch die Plünderungen zeigen, Neid und Habgier eine Rolle. Weiterhin ist bemerkenswert, dass sich die Täter allem Anschein nach in einen »Blutrausch« hineinsteigerten bzw. sich hineinziehen ließen (GROSS 2013, 54). »Bestialität ist ein Gemeinschaftsrausch. Diese Beobachtung sei allen empfohlen, die die Geschichte dieser Zeit zu verstehen wünschen«, stellt Heiden in seinem 1939 geschriebenen Buch über das Novemberpogrom 1938 fest (HEIDEN 2013, 37). Zu dieser Enthemmung wird die nationalsozialistische Propaganda ihren Teil beigetragen haben. Gross spricht von einer »kumulativen Radikalisierung«. Die verübte Gewalt habe nicht zum Erschrecken geführt, sondern alle Dämme gebrochen (GROSS 2013, 76). Auch Steinweis betont die Bedeutung der Mordlust, die zeige, wie schnell aus Menschen Bestien werden können. Gross kennzeichnet die Brutalität der Ausschreitungen als Kriegserklärung. »Mit dieser Kriegserklärung wurde eine weitere Grenze überschritten, denn jetzt setzten im großen Stil die schmachvollen, öffentlich inszenierten Demütigungen ein, mit denen jüdische Nachbarn, Kollegen und Mitbürger entpersonalisiert und als ›Juden‹ stigmatisiert wurden.« (GROSS 2013, 56)

**Wurde die Gewalt von
der Mehrheit der Bevölkerung gebilligt?**

Auch wenn ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung an den Ausschreitungen und Plünderungen beteiligt war, handelte es sich doch um eine Minderheit. Steinweis und Heiden vertreten darüber hinaus die Einschätzung, die Mehrheit der Bevölkerung habe die ausgeübte Gewalt nicht gebilligt. (HEIDEN 2013, 92; STEINWEIS 2011, 126f) Diese Skepsis speist sich danach aus sehr unterschiedlichen Quellen. Manche lehnten die Gewalt und die Schändung religiöser Stätten aus moralischen Gründen ab, andere fürchteten den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung oder sie verurteilten die unnötige Zerstörung von Sachgütern, wiederum andere sahen den Ruf Deutschlands in der Welt gefährdet.

Tatsächlich gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass Nachbarn das gewaltsame Vorgehen nicht billigten und den Verfolgten zu Hilfe kamen. Etliche von den Ausschreitungen betroffene Familien wurden in Wohnungen christlicher Nachbarn versteckt, fanden vorübergehend Schutz, wie Ottilie Kahn, oder stellten sich den Angreifern mutig in den Weg, wie Johanna Gotthard. (SIEHE AUCH HEIDEN 2013, 92 ff) Der Oberurseler Bürgermeister Wess, ansonsten als strammer Parteigenosse bekannt, soll deutlich seine Ablehnung der Gewalt zum Ausdruck gebracht haben (HSTA WIESBADEN). Möglicherweise ist diese ablehnende Haltung in der Bevölkerung einer der Gründe für die Strategie der Nationalsozialisten, weder die Initiatoren, noch die Täter, noch das wahre Ausmaß der Gewalt in den Medien zu veröffentlichen.

Beim Blick in die Regionalnachrichten des »Oberurseler Bürgerfreundes« fallen zwei Zeitungsmeldungen auf, die eventuell als Indiz für eine Ablehnung der Ausschreitungen gesehen werden können. »Anonym zwecklos« lautet die Überschrift eines Artikels vom 9. 12. 1938. »In zunehmenden Maße gehen in der letzten Zeit an den Gauleiter anonyme Schreiben ein, die um Abstellung angeblicher Missstände bitten. Der Gauleiter macht daher erneut darauf aufmerksam, dass sämtliche Schreiben dieser Art keine Bearbeitung erfahren, sondern in den Papierkorb wandern ...« Zwar erhält der Artikel keine Hinweise auf eine Distanzierung von dem gewaltsamen Vorgehen während des Pogroms, wohl aber auf eine deutliche Beunruhigung in der Bevölkerung. Dies könnte der Hinter-

grund für die Vielzahl von Kundgebungen Ende November 1938 sein, bei denen die Bevölkerung offensichtlich wieder »auf Linie« gebracht werden sollte.

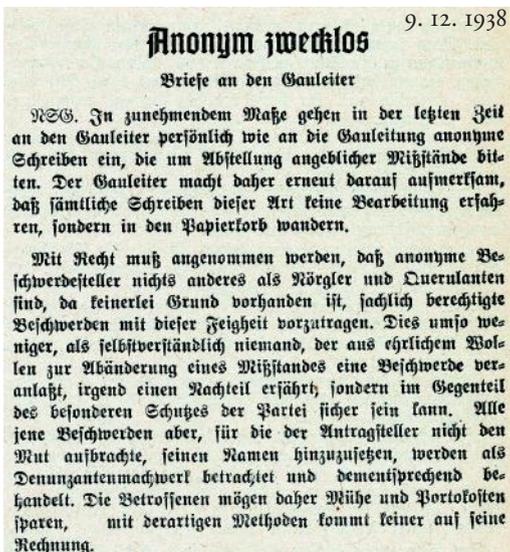
Der Oberurseler Bürgerfreund informierte mehrfach darüber, dass die NSdAP zu einer Großkundgebung am 22. November 1938 einlud. Am darauf folgenden Tag berichtete die Zeitung unter folgender Überschrift über diese Veranstaltung: »Ein Volk, ein Wille, ein Ziel. 63 Großkundgebungen im Kreis Maintaunus-Obertaunus. Sturm-bannführer Müller sprach in der überfüllten Taunushalle«. Solche Parolen dienten nicht nur dazu, die Bevölkerung auf ein gemeinsames Ziel einzustimmen, sondern sollten den Eindruck vermitteln, das ganze Volk stehe geschlossen hinter Hitler und dessen Politik. Die Ambivalenten versuchte man damit auf die eigene Seite zu ziehen, die Gegner wollte man einschüchtern und mundtot machen.



Heiden kommt zu der Schlussfolgerung, den Nationalsozialisten sei es mit dem Pogrom nicht gelungen, die Massen zu gewinnen (HEIDEN 2013, 92). Das Schweigen der Massen erklärt er nicht allein mit der Einschüchterung durch die NS-Diktatur, sondern mit der Tatsache, dass möglicher Widerspruch kein Gehör fand. »Der zustimmende Teil der Menge wird schreien, der ablehnende schweigen, und nur die besonders Mutigen werden offen widersprechen. Die Schreier aber werden gehört, die Schweigenden wenig beachtet und leicht übersehen.« (HEIDEN 2013, 94) Darüber hinaus macht er noch auf einen weiteren Aspekt aufmerksam. Schweigen wird oft als Billigung gedeutet, während Heiden auch auf das Schweigen aus Scham hinweist. »Und wie viele haben nur einen Wunsch: vergessen, möglichst schnell das Grauen vergessen; erzählen aber hieße sich erinnern.« (HEIDEN 2013, 45)

Steinweis kommt zu der Schlussfolgerung, die bislang in der Forschung nur unzureichend betrachteten Reaktionen der deutschen Bevölkerung sollten ein zentrales Thema für Holocaust-Forschung werden, »weil es hier um die Frage geht, wie viel antijüdische Gewalt die ganz normalen Bürger des Dritten Reiches kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges stillschweigend billigten.«

(STEINWEIS 2011, 123)



Nach der »Kristallnacht«

»Nach kurzer Verhaftung am 11. November 1938 zog ich es vor, ins Ausland zu gehen«

Was geschah mit den am 10. November verhafteten jüdischen Männern?

Vier Oberurseler gehörten zu den etwa 2.100 jüdischen Männern, die nach dem 9. November 1938 von Frankfurt aus nach Buchenwald und dort in das sogenannte »Sonderlager« gebracht wurden. Etwa 400 dieser sogenannten »Aktionsjuden« überlebten diesen Terror nicht, darunter auch zwei Männer aus Oberursel. Eugen Rothschild kam in Buchenwald zu Tode, Friedrich Kahn wählte kurz nach seiner Freilassung den Freitod. Es sind also mindestens zwei Todesopfer aus Oberursel im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom zu beklagen. Zu den Opfern zählte auch Henry Wolfskehl, der zeitweise in Oberursel lebte und mit Elisabeth Creizenach, der Schwester von Theodor Creizenach, verheiratet war. Er wurde im Lager, möglicherweise aufgrund einer Misshandlung oder durch Flüssigkeitsmangel, bewusstlos aufgefunden und in das psychiatrische Krankenhaus in Jena gebracht. Dort starb er am 30.11.1938. Insgesamt wurden reichsweit etwa 30.000 jüdische Männer verhaftet. Etwa 1.500 Menschen sind den Ausschreitungen im November 1938 zum Opfer gefallen. Man schätzt, dass es außerdem zu 300–500 Suiziden im Zusammenhang mit der »Kristallnacht« gekommen ist. (GROSS 2013, 122)

Ab dem 21. November 1938 wurden täglich etwa 100 jüdische Häftlinge wieder aus den Konzentrationslagern entlassen. Sie mussten unter Zwang sogenannte »Arisierungsverträge« unterzeichnen und die sofortige Ausreise aus Deutschland zusichern. Die Vorlage des Eisernen Kreuzes beschleunigte unter Umständen die Freilassung aus dem Konzentrationslager. Ob dies tatsächlich so war oder ob damit die Hoffnung genährt wurde, dass die früheren Verdienste für Deutschland doch wenigstens das Los der Betroffenen erleichtern halfen, sei dahin gestellt. Unter welchem Druck die Betroffenen nach der Entlassung aus dem Konzentrationslager standen, zeigen die Schilderungen von Otto Riesser, Richard Ullmann und Siegfried Unger (RIEBER 2004).

Die KZ-Haft zerstörte alle Hoffnungen auf ein Weiterleben in Deutschland. Den Ausschreitungen während des Novemberpogroms folgten dann behördliche Maßnahmen, die der jüdischen Bevölkerung jegliche Lebensgrundlagen entzogen.



Die Verordnung über die »Sühneleistungen der Juden deutscher Staatsangehörigkeit« in Höhe von 1 Milliarde Reichsmark vom 12. November 1938, die sogenannte »Judenvermögensabgabe«, bzw. die »Verordnung zur Wiederherstellung des Straßensbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben« zwingen die jüdische Bevölkerung, die Schäden der Verwüstungen auf eigene Kosten zu beseitigen. Zusätzlich kassierte der Staat auf der Basis dieser Verordnung die den Geschädigten zustehenden Versicherungsgelder.

Die »Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben« vom 12. November 1938, wonach jede selbstständige Beschäftigung untersagt wurde, entzog der jüdischen Bevölkerung die Möglichkeit wirtschaftlicher Betätigung. Schließlich folgten Gesetze wie das Verbot des Besuches von Konzerten, Theatern etc. sowie der Ausschluss von Juden aus öffentlichen Schulen und Hochschulen. Damit wurde die systematische Isolierung der jüdischen Bevölkerung zementiert.

Die propagandistische Absicht dieser Maßnahmen liegt auf der Hand. Damit sollte der Eindruck erweckt werden, die wahren Opfer seien die Verursacher des Pogroms. Begründet wurden die Maß-



Richard Ullmann



FOTOS: SAMMLUNG RIEBER

nahmen mit dem Argument, so sollte jüdisches Vermögen im Interesse der Allgemeinheit verwendet werden (GROSS 2013, 7), also der Unterstellung, Juden würden sich auf Kosten der Gesellschaft bereichern.

Nun begannen die noch verbliebenen Familien ihre Flucht ins Ausland vorzubereiten. Die massiven Angriffe auf das Leben der jüdischen Bevölkerung lösten eine Massenflucht aus. Die Zahl der Auswanderungswilligen stieg sprunghaft an. Beratungsstellen und Konsulate waren dem Ansturm kaum gewachsen.

Zunächst brachten sich die in Buchenwald verhafteten Männer, traumatisiert von der Lagerhaft und unter dem Druck, so rasch wie möglich das Land zu verlassen, in Sicherheit. Richard Ullmann konnte mithilfe der Quäker nach England emigrieren, Otto Riesser entschloss sich, nach Holland zu gehen, um möglichst nahe bei seiner Familie zu bleiben. Etliche Männer flüchteten in dem Glauben, nur ihnen drohe Gefahr, zunächst ohne die Familie ins Ausland, um sie eventuell später nachzuholen.

Propaganda nach der »Kristallnacht«

»Völlige Kaltstellung«

Wie berichtete der »Oberurseler Bürgerfreund« über die Maßnahmen nach der »Kristallnacht«?

- 12. II. Grünspans Schuss ging nach hinten los. Völlige Kaltstellung der Juden.
- 12. II. »Die Judenfrage wird dem Volksempfinden entsprechend gelöst.« Dr. Goebels vor den ehrenamtlichen Helfern des WHW (Winterhilfswerks) – Abrechnung mit der internationalen Judenhetze.

So lauteten die Überschriften des Titelblatts des »Oberurseler Bürgerfreunds« vom 12. Nov. 1938.

Die Muster sind vertraut: Verdrehungen, bei denen die Opfer als Täter beschrieben werden. Die Maßnahmen wie die verwendeten Begriffe, bei-

spielsweise »Sühneleistung«, sollen den Eindruck erwecken, die Juden seien die Schuldigen. Der Staat stellt sich als konsequent handelnd dar, der nun über »legale« Maßnahmen die »Judenfrage« klärt. Schließlich definiert das Propagandaministerium das »Volksempfinden« in seinem Sinne.

Mit diesen Maßnahmen und der begleitenden, sich zunehmend im Ton verschärfenden Propaganda wird deutlich, dass es sich bei dem Novemberpogrom um eine Zäsur handelt.

Zwar zeichnete sich die Politik der Nationalsozialisten von Anfang an durch eine Doppelbödigkeit aus. Sie pendelte zwischen Gewaltausübung auf der einen Seite und dem Bemühen, den Maßnahmen einen legalen Anstrich zu geben auf der anderen Seite, untermauert mit Friedensbeteuerungen, die den Menschen im In- und Ausland Sand in die Augen streuen sollten. Dennoch unterscheidet sich das Novemberpogrom durch eine neue Dimension der Gewalt von den vorherigen Kampagnen. Mit unvorstellbarer Brutalität wütete der Mob, und der Staat sanktionierte die Barbarei, indem er die physische Existenz der Juden bedrohte und ihnen alle Lebensgrundlagen entzog.



Eine Auswahl aus der Clique der jüdischen Emigranten, die in aller Welt gegen Deutschland wühlen. Oben von links: Erhold Zweig, einer der radikalsten Deutschenhetzer, der ebenso wie der daneben stehende Jude Alfred Kerr in dem berüchtigten Emigrantinnenblatt »Pariser Tageszeitung« übelste Hebe gegen Deutschland betreibt. Ganz rechts der bolschewistische Literaturjude Lion Feuchtwanger, der in Moskau in dem von ihm herausgegebenen Blatt »Das Wort« eine wüste Hetzpropaganda entfaltet. Unten: Der fatigam bekann-

te und berüchtigte Jude Emil Ludwig Cohen, der sich in letzter Zeit durch eine Verherrlichung des Präsidenten Roosevelts in Amerika beliebt zu machen versucht. Der Jude Stampfer, ehemals Hauptschriftleiter des »Vorwärts«, gibt in Paris einen »Neuen Vorwärts« heraus, in dem er Kriegsbege um jeden Preis betreibt. Ganz rechts der Jude Georg Bernhard, ehemals Chefredakteur der »Bosnischen Zeitung«, tut sich in der von Prag nach Brüssel ausgewanderten »Neuen Weltbühne« in der Besudelung alles Deutschen hervor. Weltbild (W).

Namhafte, weltweit bekannte jüdische Persönlichkeiten wurden öffentlich als »Greuelhetzer« verunglimpft.

Konrad Heiden konnte in seinem 1939 in englischer Sprache verfassten Buch noch nicht voraussehen, was folgen würde. Er hoffte mit seiner Schrift, die Weltöffentlichkeit aufzurütteln. »Die Lehre ist einfach und klar. Wann immer die Welt sich gegen die Verfolger der Juden in Deutschland auflehnt, wird die Diskriminierung schwächer. Wann immer sich die Aufmerksamkeit der Welt verlagert, wird sie wieder aufgenommen. Dieses Faktum alleine vermag dieses Buch zu rechtfertigen.« (HEIDEN 2013, 105) Damit wollte er das verhindern, was später in der Sho'a bittere Realität wurde. Wer Menschen die Lebensgrundlage entzieht, setzt sie dem Tode aus. »Die Katastrophe vor der Katastrophe«, so lautet daher der Untertitel des Buches von Raphael Gross. (GROSS 2013, 118)

Der Vernichtungswille der Nationalsozialisten drückt sich zunehmend auch in der Brutalisierung der Sprache aus. Sie wird gehässiger, zynischer und diffamierender. Eine deutliche Entmenschlichung über die Sprache wird sichtbar. Hier einige Beispiele im »Bürgerfreund« von Nov./Dez. 1938:

- 15. II. Restlose Entfernung der Juden aus deutschen Schulen
- 21. II. Jüdische Passfälscherbande ausgehoben
- 23. II. Juden als Rädelsführer
- 1. 12. Mexiko lehnt jüdische Parasiten ab
- 3. 12. Eine bodenlose jüdische Frechheit: Früherer Strafverteidiger in Rassenschänder-Prozessen vergeht sich an einer deutschen Frau
- 5. 12. Juden verschachern die spanischen Kunstschätze
- 9. 12. Wieder ein »armer Jude« als Betrüger entlarvt
- 9. 12. Verbrecherischer jüdischer Arzt verhaftet
- 10. 12. Für Juden kein Platz im Omnibus
- 12. 12. Jüdischer Steuerbetrüger geschnappt
- 15. 12. Jud Isaak macht den Wein süffig
- 16. 12. Er flüchtete ins Ausland. Das zynische Bubenstück des Juden...

Obwohl die am 12. November verkündeten Gesetze, insbesondere die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben und die Einführung der »beschränkt verfügbaren Sicherheitskonten«, eindeutig zur Verarmung der jüdischen Bevölkerung führten, diffamierte die Propaganda, diese Tatsache verdrehend, die »armen« Juden und spielt so mit dem Vorurteil, alle Juden seien reich.

- 18. II. Die »armen« Juden. 4,57 mal mehr Vermögen als ein Deutscher – Das Missverhältnis des jüdischen Besitzes in Deutschland – Judenvermögen in der Nachkriegszeit verdoppelt



- 21. II. 14 jüdische Millionäre in Frankfurt. – Allein im Regierungsbezirk Wiesbaden 521 Millionen jüdisches Vermögen – Was geschieht mit den jüdischen Geschäften?



- 12. 12. Die »armen Juden« – Judenflüchtlinge erhalten in Holland fünfmal soviel Unterstützung wie die Arbeitslosen!

Mit solchen Artikeln verschweigt die NS-Regierung nicht nur die wahren Folgen der antijüdischen Gesetze, sondern versucht damit auch Mitleid mit den Opfern einzudämmen.

Während es der noch in Deutschland verbliebenen jüdischen Bevölkerung aufgrund der Verarmung immer schwerer fiel, ein Aufnahmeland zu finden, wird diese Tatsache wiederum propagandistisch genutzt: Berichte aus aller Welt sollen deutlich machen, dass die »Judenfrage« in allen Ländern ein Problem sei. In der Presseanweisung vom 17. II. 1938 werden diesbezüglich folgende Feststellungen getroffen: »In viel stärkerem Maße als bisher müsse in den nächsten Tagen, mindestens für eine Woche, alles herausgestellt werden, was irgendwie zeige, dass ausländische Regierungen sich weigern, Juden bei sich aufzunehmen. Ebenso groß sei aufzumachen und zu kommentieren, was über die schlechte Behandlung von Juden in anderen Ländern gemeldet werde, insbesondere auch über Überführungen ins Konzentrationslager.« (ZITIERT IN GOLL 2010, 59)

Hier einige der Überschriften aus dem »Oberurseler Bürgerfreund« 1938:

- 17. II. Juden überall unerwünscht
- 21. II. Asyl für Juden? Die Schweiz will kein europäisches Emigrantenland sein
- 1. 12. Mexiko lehnt jüdische Parasiten ab
- 12. 12. Juden, das zersetzende Element. Überall drängt sich Juda auf Kosten des Gastvolkes vor ...

Die Welt wehrt sich gegen Juda

29. II. 1938

Wachsende Auflehnung der bodenständigen Bevölkerung gegen die jüdischen Schmarotzer - Dynamitanschlag auf eine Synagoge

DNB Pretoria, 29. 11. Das immer dreister werdende Gebaren der in den letzten Jahren zugewanderten Jüdischheit hat bei der bodenständigen weißen Bevölkerung des Johannesburgers Minenreviers eine Abwehraktion hervorgerufen, die in der Stadt Johannesburg selbst bereits zu erheblichen Zusammenstößen geführt hat. Als weiterer Denkwort folgte jetzt ein Dynamitanschlag auf die Synagoge der kleinen Stadt Benoni, durch den das Gebäude leicht beschädigt wurde. Als Schutzmaßnahme gegen weitere Aktionen der empörten Bevölkerung sind sämtliche Synagogen des Witwatersrandes polizeilich besetzt worden. Zahlreiche Polizeipatrouillen durchziehen die Straßen der Industrieorte.

In der Stadt Benoni ist es schon vor Wochen zu Streitigkeiten zwischen der eingewanderten Jüdischheit und den zahlreichen jüdischen Händlern gekommen, die sich in letzter Zeit in fast allen Städten des Industriegebietes eingenistet haben und die Bergarbeiterbevölkerung durch Lieferung billigsten europäischen Schundes zu teuren Preisen zu begannen. Die natürliche Abneigung gegen die fremdstämmigen Eindringlinge hatte sich auch schon darin geäußert, daß der burijsche Ortsausschuß für die Jahrhundertfeier des

Großen Treffs den Stadtrat von Benoni von den bevorstehenden Feierlichkeiten ausgeschlossen hat, weil der Bürgermeister der Stadt ein zugewandeter Jude ist, der nach allgemeiner Ansicht auf dem Fest der alten Vortreffer in keiner Weise etwas zu suchen habe.

Nach den Johannesburgers Zusammenstößen und dem Anschlag in Benoni erwartet man vielfach ein weiteres Umsichgreifen der antijüdischen Bewegung. Wie der „Daily Express“ meldet, ist der Jüdischheit der Schreck über diese Vorfälle bereits erheblich in die Glieder gefahren. Jüdische Firmen in Johannesburg und Pretoria haben bereits Barrikaden angebracht, um ihren zusammengerafften Reichtum vor der Empörung der Bevölkerung zu schützen. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß die jüdischen Geschäftshäuser bei den heftigsten Anzeichen weiterer jüdischgegnertlicher Kundgebungen geschlossen werden würden.

Luxemburg will keine Juden. Einer Verlautbarung des Luxemburger Justizministeriums zufolge sind Gesuche von Juden um Aufenthaltsgenehmigung im Großherzogtum Luxemburg zur Zeit zwecklos. Die Verlautbarung verweist auf eine internationale Regelung der Emigrantenfrage.

»Das britisch-jüdische Schreckensregiment in Palästina«

Auch in der Berichterstattung über Palästina wird der Ton schärfer, zum Beispiel:

15. II. Barbarischer Vernichtungskampf gegen die Araber
19. II. Rücksichtsloser Einsatz von Panzerwagen gegen Araber
22. II. Das britisch-jüdische Schreckensregiment in Palästina
26. II. Das Freiheitsdrama der Araber
3. 12. Englands blutige Palästinapolitik
7. 12. Furchtbare Untat jüdischer »Hilfsspolizisten«
14. 12. Grauenhafte Misshandlungen an Arabern
23. II. Palästina ist eine Hölle. Ein erschütternder Bericht

In einer Pressekonferenz für die Auslandspresse verkündete Goebbels, so eine interne Stellungnahme, in einem Vortrag »die Sprachregelung für die weitere Behandlung der Judenfrage« an. »Dabei soll, wenn dazu geschrieben wird, an der Hand ausländischer Pressestimmen und der Reden im Unterhaus das englische Vorgehen in Palästina besonders eindeutig herausgestellt werden, die Maßnahmen gegen die Araber, Häusersprengungen, Hinrichtungen, Verbannungen und lebenslängliche Strafen. Es soll weiter – wörtlich – in der Presse zum Ausdruck kommen, dass auch, wenn das Unterhaus Wert darauf lege, die Judenfrage in einer

Aussprache zu erörtern, der deutsche Reichstag eine Debatte über die Greuel in Palästina herbeiführen könnte. Jeder kehre vor seiner Tür.« (ZITIERT NACH GOLL 2010, 55)

Deutlich wird hier die Strategie, von den Verbrechen im eigenen Land abzulenken. Gleichzeitig kommt die Aggressivität der NS-Politik in diesen Anweisungen zum Ausdruck. Mit Drohungen will man das Ausland zum Stillhalten zwingen.

Die Berichterstattung ab Ende November 1938 lässt erkennen, dass nun eine neue strategische Parole ausgegeben wurde, der Kampf gegen den »jüdisch-sowjetisch-bolschewistischen Weltherrschaftsanspruch«:

29. II. Die Welt wehrt sich gegen Juda. Wachsende Auflehnung der bodenständigen Bevölkerung gegen die jüdischen Schmarotzer – Dynamitanschlag auf eine Synagoge
30. II. Fußball-Länderkampf Deutschland-Holland abgesagt... Aus Furcht vor jüdisch-marxistischen Demonstrationen?
2. 12. Die Judenfrage im Weltkampf
3. 12. Die Arbeiter müssen büßen – Die Folgen der jüdisch-bolschewistischen Streikhetze in Frankreich
20. 12. Jüdische »Weltkonferenz« in Amerika geplant?
21. 12. Flugblätter gegen Stalin und seine jüdischen Henker

22. 12. Judentum und Marxismus ziehen an einem Strang
 27. 12. Juden und Kommunisten provozieren in Montevideo
 28. 12. Jud Blum triumphiert
 30. 12. Hintertreppenpolitik des Juden Blum

Heute wissen wir, was viele Menschen damals nur erahnten, jedoch nicht für möglich hielten, dass mit all diesen Propagandamitteln dem Zweiten Weltkrieg, dem Überfall auf die Sowjetunion und der Ermordung von sechs Millionen Juden in Europa systematisch durch staatliche Propaganda der Boden bereitet wurde.

»*Wir kommen nach Auschwitz*«

Während des 2. Weltkrieges wurde die Flucht aus Deutschland zunehmend erschwert. Schließlich wurde nach dem Beginn der Deportationen am 19. Oktober 1941 ein generelles Auswanderungsverbot erlassen. Innerhalb eines Jahres wurden fast alle noch in Deutschland verbliebenen Juden deportiert und ermordet. Auch die in »Mischehe« lebenden jüdischen Partner wurden 1943 verhaftet und später in Auschwitz ermordet.

Nach dem 8. Mai 1945 konnten die von der Verfolgung betroffenen Menschen wieder aufatmen. Dieser Tag bedeutete für sie die Befreiung von Stigmatisierung, Diskriminierung, Entwürdigung und Entwurzelung. Das Kriegsende gab ihnen Hoffnung auf den Aufbau eines neuen Lebens, auf berufliche Chancen und privates Glück. Doch die Erniedrigung, Diskriminierung und Verfolgung hatte Spuren hinterlassen: Die Mehrzahl der Emigranten wollte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht wieder in dem Land leben, das sie verfolgt, vertrieben und die Ermordung von Angehörigen verschuldet hatte.

Für die Überlebenden und deren Angehörige hat es eine große Bedeutung, wenn an das Schicksal der Familie erinnert wird und sie einen Ort haben, an dem an der Ermordeten würdig gedacht wird. So ist es auch das Ziel des Oberurseler Denkmals und der Forschung über die Schicksale der Verfolgten, zur Erinnerung beizutragen und den Opfern einen Namen und ein Gesicht zu geben.

Was können wir aus der Vergangenheit lernen? Welche Bedeutung hat sie für Gegenwart und Zukunft, für die Verteidigung von Demokratie und Menschlichkeit? Der Blick in den »Oberurseler Bürgerfreund« offenbart, mit welchen Mitteln die Medien zur Propaganda benutzt wurden. Über die Medien sollte die Bevölkerung durch Beschöni-

gungen, Auslassungen, Verdrehungen und Drohungen beeinflusst, manipuliert, beruhigt oder aufgestachelt werden. Wenn man sich diese Strategien genauer betrachtet, bemerkt man, dass wir auch heute noch teilweise vergleichbaren Mechanismen ausgesetzt sind. Zwar leben wir in einer Demokratie, in der die Pressefreiheit ein hohes Gut darstellt, doch findet täglich eine Beeinflussung alleine durch die Auswahl der in den Medien präsentierten Fakten, ihre Schwerpunktsetzung, Betonung und Richtung sowie über die Wortwahl statt. Insofern lehrt uns der Blick in die Manipulationsstrategien der Nationalsozialisten, alle Meldungen kritisch zu hinterfragen und die Themen der Gegenwart immer aus jeweils unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten.

Weitere Fragen drängen sich auf: Sind wir möglicherweise noch heute Opfer der Nazi-Propaganda? Ist unsere heutige Einschätzung der NS-Zeit unter Umständen noch von den Propagandalügen der Nationalsozialisten beeinflusst? Handelt es sich bei der Parole »Ein Volk, ein Wille, ein Ziel« um einen von der Propaganda geschaffenen Mythos oder um die Realität? Insofern lohnt es sich, der weiteren Erforschungen und der differenzierten Betrachtung des Wahrheitsgehaltes der Propagandaparolen und des Verhaltens der Bevölkerung in Zukunft größeres Gewicht beizumessen.

Zitierte Quellen und Literatur

- Baeumerth, Angelika: Oberursel am Taunus. Eine Stadtgeschichte, Frankfurt am Main 1991
 Goll, Thomas: Die inszenierte Empörung. Der 9. November 1938, Hrsg: Buundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2010
 Gross, Raphael: November 1938. Die Katastrophe vor der Katastrophe, München 2013
 Heiden, Konrad: Eine Nacht im November 1938. Ein zeitgenössischer Bericht, Göttingen 2013
 Hauptstaatsarchiv (HStA) Wiesbaden
 Oberurseler Bürgerfreund 7/1938-12/1938
 Rieber, Angelika: Wir bleiben hier. Lebenswege Oberurseler Familien jüdischer Herkunft, Frankfurt 2004
 Rieber, Angelika: »Kannst du mir nicht ein bisschen Mut machen?« Familie Kahn-Mannheimer; in: Mitteilung des Vereins für Geschichte und Heimatkunde Oberursel, 51/2012
 Rieber, Angelika: »Dem Wahren, Schönen, Guten«. Die Creizenachs – eine Familie aus Oberursel, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Heimatkunde Oberursel, 49 /2010
 Steinweis, Alan E., Kristallnacht 1938. Ein deutscher Pogrom, Stuttgart 2011.